

Antrag zum 55. Bundeskongress

Antrag 406

55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena

Antragsteller: BV Ostwestfalen-Lippe

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 55. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Terroristischen Herausforderungen der inneren Sicherheit** 2 **rechtsstaatlich begegnen!**

3 Der transnationale Terrorismus ist eine bedeutsame und nicht zu unterschätzende Gefährdung
4 und Herausforderung für offene Gesellschaften und die in ihnen lebenden Menschen. Staatlichen
5 Institutionen obliegt die Pflicht, das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung
6 wirksam zu schützen. Zu diesem Zweck müssen - neben anderen, zu einer umfassenden
7 Terrorismusbekämpfungsstrategie gehörenden Maßnahmen - die für die Aufrechterhaltung der
8 öffentlichen Sicherheit zuständigen Behörden gefahrenabwehrend tätig werden. Rechtsstaatliche
9 Errungenschaften und Garantien dürfen jedoch auch angesichts teils erheblicher
10 Bedrohungslagen unter keinen Umständen auf- oder preisgegeben werden.

11 Darüber hinaus gelangt der klassische Nationalstaat bei der effektiven Terrorismusbekämpfung
12 aber spürbar an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Aus diesem Grund können lediglich
13 national ausgerichtete Konzepte dem Problem nicht gerecht werden, sondern es sind
14 ergänzende Lösungen in einem größeren Rahmen, namentlich der Europäischen Union,
15 anzustreben.

16 Die Jungen Liberalen fordern als Grundlage für jedwede wirksame Terrorbekämpfung eine
17 angemessene personelle und sachliche Ausstattung aller Sicherheitsbehörden und
18 Nachrichtendienste, so dass diese in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben gerecht werden
19 zu können; dies gilt auch für die Justiz. Nur auf diese Weise kann einerseits mehr Polizeipräsenz
20 geschaffen und können andererseits etwaige Anschläge im Vorfeld verhindert oder zügige und
21 schlagkräftige Reaktionen auf solche ermöglicht werden. Die Ausbildungsstandards der
22 Polizeikräfte dürfen dabei aufgrund ihrer grundrechtssensiblen Befugnisse nicht reduziert
23 werden. Taktische Schulungen und Übungen zum Umgang mit terroristischen Aktivitäten sind
24 regelmäßig durchzuführen und ausreichende Ressourcen für eine lückenlose Überwachung von
25 Gefährdern zur Verfügung zu stellen. In engen, rechtlich präzise zu definierenden Grenzen sollte
26 zur Unterstützung der genuin zuständigen Sicherheitsbehörden unter deren Federführung die
27 Möglichkeit bestehen, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Für diese Art von Einsatz werden
28 die Soldaten unter Leitung der Polizei geschult.

29 Zudem ist die Einrichtung einer europäischen Institution zur Terrorbekämpfung, bei der relevante
30 Informationen zusammengeführt und für die Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten zugänglich
31 gemacht werden, unerlässlich. Auch die föderale Zusammenarbeit zwischen Bundes- und
32 Landesbehörden ist unter diesem Gesichtspunkt zu effektivieren. Neben rechtssicheren
33 Einsatzgrundlagen für grenzüberschreitende Einsätze innerhalb der Europäischen Union bei
34 Gefahr im Verzug und Terrorgroßlagen sollen gemeinsame Übungen der Sicherheitsbehörden
35 und insbesondere entsprechender Spezialeinheiten obligatorisch sein.

36 Prinzipiell abzulehnen ist eine aktionistische, in vielen Fällen von Wahlkampfzwecken

37 inspirierte Symbolpolitik, die lediglich einer vermeintlichen Beruhigung der Bevölkerung dienen
38 kann, letztlich aber nicht zu ihrem Schutz beiträgt, wie etwa die massenweise anlasslose, d.h.
39 ohne das Vorliegen eines Anfangsverdachts oder einer konkreten Gefahrenlage, Speicherung
40 personenbezogener Kommunikationsdaten. Insbesondere ist auch Verschärfungen des
41 geltenden Staatsangehörigkeitsrechts ebenso eine Absage zu erteilen wie einem Verbot der
42 Vollverschleierung oder substanziellen Aufweichungen im Bereich der ärztlichen Schweigepflicht.
43 Auch sind Einschränkungen der grundrechtlich verbürgten Religionsfreiheit für ganze
44 Bevölkerungsgruppen und grob rechtsstaatswidrige Maßnahmen wie z.B. die Administrativhaft
45 indiskutabel.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena.